

her, geschweige denn von der Schadensgröße, ein Vielfaches dessen, was normalerweise anfällt. Indes können wir von den 200 Fällen der klassischen Wirtschaftskriminalität kaum die Hälfte verfolgen – schon eine Einladung an jemanden, Straftaten zu begehen. Es ist bedrückend, so etwas feststellen zu müssen, insbesondere deshalb bedrückend, weil, und auch dahin geht eine Frage, weil in der Tat etwas durch eine gezielte Tätigkeit verhindert werden kann. Die Frage ging ja letztendlich dahin, wieviel Geld ist herauszuholen, wieviel Geld ist wieder zu sichern. Es ist eine ganze Menge, und zwar sowohl unmittelbar als auch mittelbar. Solange die Staatsanwaltschaft beim Landgericht personell in der Lage war, ein bißchen mit der Geschwindigkeit der Entwicklung der Fälle Schritt halten zu können, das ging bis zur ersten Hälfte 1991, waren wir in der Lage, in den entsprechenden Ermittlungsverfahren rd. 500 Mio. DM cash zu beschlagnahmen. Sie müssen wissen, daß man nicht einfach Geld so beschlagnahmen kann, wenn es vorhanden ist, sondern dazu bedarf es des Nachweises eines dringenden Tatverdacht, das heißt ein dringender Tatverdacht setzt eine bestimmte Ermittlungstiefe voraus. Die können Sie nur leisten, wenn Sie entsprechend Leute wiederum haben, die so weit vordringen können. Dann kommen Sie zum dringenden Tatverdacht, und dann können Sie das Geld wegnehmen, beschlagnahmen und dem Berechtigten wieder zuführen. Das ist der unmittelbare Erfolg – 500 Mio. Mark ist doch auch etwas, zu Anfang jedenfalls. Man darf nicht die mittelbare Hilfe vergessen, die durch entsprechende Ermittlungsverfahren möglich geworden ist, nämlich in der zivilrechtlichen Durchsetzung der Ansprüche der Geschädigten gegen die Täter, z. B. der Treuhandanstalt. Wenn man das mit einbezieht, kommt zu den 500 Mio. eine Milliarde noch hinzu, so daß also allein die Arbeit meiner Mitarbeiter von Oktober 1990 bis Mitte/Ende 1991 1,5 Milliarden eingebracht hat. Es lohnt sich also, wenn man uns läßt. Dankeschön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Wir wollen Sie lassen, wenn wir Ihnen dabei behilflich sein können, immer wieder.

– Pause

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen hier vorne vor allen Dingen ganz herzlich danken, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, daß Sie Dinge, die belastend sind, die ärgerlich sind, die manchmal noch mehr sind, daß Sie die heute hier öffentlich machen, der Öffentlichkeit kundtun wollen. Die Spielregel ist: Die hier vorne sitzenden Damen und Herren stellen das vor, was sie zu diesem Thema als Zeitzeugen zu sagen haben, und die Mitglieder der Enquete-Kommission, das heißt die Abgeordneten und die Professoren, sind diejenigen, die dann nachher reagieren können. Es beginnt Herr Dietrich Pfeiffer aus Dresden.

Dietrich Pfeiffer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte mich nochmals vorstellen, weil meine berufliche Entwicklung doch in gewissem Sinne zum Thema gehört. Ich bin gelernter Bankkaufmann,

Finanzökonom, und habe dann 24 Jahre in der halbstaatlichen Industrie gearbeitet als Prokurist und Geschäftsführer. 1957 nach Abschluß meines Fernstudiums wurde mir angetragen, in die SED einzutreten, dann könnte ich bei der Bank eine Abteilungsleiterstelle bekommen. Das habe ich abgelehnt, ich wollte eben meine Karriere nicht dem Parteiabzeichen verdanken und ließ mich nicht erpressen. Das einmal nebenbei, weil heute gesagt wird, man mußte ja in der SED sein. Man mußte gar nicht. Es waren 50 %, die ihre Karriere eben beschleunigen wollten. Das mal zur Einleitung.

Nach dieser Zeit 1984 hatte ich dann weiteren Ärger durch die Ausreiseanträge meiner Kinder und ging dann 7 Jahre als Hauptbuchhalter in einen größeren Dresdener Betrieb, den damaligen VEB Mühlenbau, bis 1990. Und von 1991 bis 1993 – ich bin seit 1. August wohlverdienter Altersrentner –, bis August 1993 bin ich dann bei der Treuhandanstalt, Niederlassung Dresden, als Beteiligungsreferent gewesen, also eine auch von der anderen Seite sehr interessante Tätigkeit, wenn auch nur im kleineren Maßstabe, in der Beteiligungsbearbeitung, also der Finanzierung, Betreuung und Kreditierung der Firmen. Zu diesen drei aufregenden Jahren folgendes. Die Ost-Ost-Seilschaften lernte ich zuerst kennen. Als Hauptbuchhalter eines Maschinen- und Anlagenbetriebes mit 1.400 Beschäftigten war ich ja für alles verantwortlich, was mit Geld und Zahlen zusammenhing bis zur Kreditbeschaffung, bis zum Exportergebnis und 1990 auch dann bis zur DM-Eröffnungsbilanz. Der Betriebsdirektor, ein fachlich äußerst unfähiger Genosse, brauchte mich in zunehmendem Maße, da er von kaufmännischen Dingen nicht die geringste Ahnung hatte, nur einer von vielen. Ich war der einzige Nicht-Genosse im Kreise seiner 15 Direktoren. Als im Juni 1990 dann bei der Treuhandanstalt in Berlin der VEB in eine GmbH umgewandelt wurde, mußte ich den Betriebsdirektor, das heißt jetzt Geschäftsführer, nach Berlin begleiten und ihn bei der Umwandlung unterstützen. Dabei versprach er mir die Stelle eines Prokuristen für die Zukunft, da ich ja als einziger von diesen komplizierten neuen Sachen eine Ahnung hätte. Es kam aber anders. Im Oktober 1990 wurde plötzlich ein neuer Stellenplan vorgelegt, der die Leitung der GmbH auf sechs Direktoren reduzierte und siehe da, alle sechs waren stramme Genossen. Meine Funktion bekam ein Mitglied der ehemaligen SED-Parteileitung, der schon als Absatzleiter versagt und von Bilanzen keinerlei Ahnung hatte. Im November 1990 wurde mir ein Aufhebungsvertrag aus strukturellen und gesundheitlichen Gründen angeboten, den ich auch unterschrieb. Ich wollte mit dieser Mafia nichts zu tun haben, die ihre Anweisungen offenbar immer noch von untergetauchten zentralen Parteileitungen bekam, denn dieser Schulteranschlag der Genossen war typisch für die ganze Zeit damals in der Industrie, das war keine einmalige Sache, das muß eine Art konzertierter Aktion gewesen sein. Das haben Sie fast in jedem Betrieb gefunden. Die Reduzierung der Leitung und die Reduzierung des Betriebes ging immer zugunsten der Genossen und immer zu Lasten

der Nichtgenossen vor sich. Ich wollte also mit diesem Betrieb nichts mehr zu tun haben, war dann sogar zwei Monate arbeitslos und habe dann aber doch noch bei der Treuhandanstalt eine interessante Tätigkeit gefunden. Im Betrieb selbst – Mühlenbau – ging es mit diesem Leitungsniveau natürlich später schief. Infolge unzureichender Sanierungskonzepte mußte Ende 1991 die Liquidation eröffnet werden. Der Genosse Geschäftsführer wurde wegen Unfähigkeit von der Treuhandanstalt abgelöst. Aber man hat dann später, wenigstens ganze 150 Beschäftigte von ursprünglich 1400 durch eine Teilprivatisierung retten können.

Dieser Fall, also dieses Entfernen von Fachkräften zugunsten von Genossen, ist meiner Meinung nach kein Einzelbeispiel. Es beweist sich hier die Richtigkeit der Forderung der Belegschaften und der Betriebsräte in den neuen Bundesländern nach Ablösung der „roten Socken“ – dieser Ausdruck von Herrn Biedenkopf offiziell eingeführt – aus der ersten Leitungsebene. Ich habe bereits im Februar vor diesem Kreise kritisiert, daß die Bundesregierung das Gesetz über die Ausschreibung der Geschäftsführerstellen vom 13.9.1990 nicht in den Einigungsvertrag übernommen hat. Dadurch war es möglich, daß die Genossen unter sich blieben, alle unbequemen Nichtgenossen – sogar meist mit recht guten Fachkenntnissen und neuen Ideen – über die Stellenplankürzungen hinauswarfen und daß schließlich – leider – eine Vielzahl von Betrieben nur an der Unfähigkeit und Abwartehaltung ihrer hochdotierten Direktoren kaputtgingen. Diese Weichen waren bereits 1990 gestellt worden. Ich war im Juni 1990 hier in Berlin bei der Treuhandanstalt und war erstaunt, wen ich da alles fand – die gleichen Gesichter wie vorher, die Abteilungsleiter des Fachministeriums Maschinenbau wurden die gleichen Abteilungsleiter in der jungen Treuhandanstalt, die Kombinat-Generaldirektoren wurden Vorstandsvorsitzende der Aktiengesellschaften und Holdings und die Betriebsdirektoren wurden Geschäftsführer. Sie ernannten sich praktisch selbst und hielten sich meist noch jahrelang, einige sogar bis heute. Ich muß Ihnen aus meiner späteren Tätigkeit bei der Treuhand aber bestätigen, daß meiner persönlichen Meinung nach eine große Anzahl sächsischer Maschinenbaubetriebe – der Maschinenbau hatte es sowieso schon verdammt schwer – den Sprung in die Marktwirtschaft nur deshalb nicht geschafft hat, weil man bei einigen die roten Seilschaften beließ und die durchaus befähigten Leute der zweiten Reihe dadurch nicht zum Zuge kamen. Das hat Auswirkungen auch auf den äußerst niederen Stand der Industrie in den neuen Bundesländern gehabt.

Nun zu den West-Ost-Seilschaften: Ganz gleich, ob es sich um Treuhandbeziehungen oder nicht handelte, es ging alles immer nach dem gleichen Grundschema vor sich. Der Interessent aus den alten Bundesländern brauchte für den Einstieg in das große Geschäft in den neuen Ländern Betriebe, Immobilien, Absatz oder Klienten. Er brauchte zunächst eine ostdeutsche Kontaktperson.

In meinem Buch „Die Erbschaft“ habe ich das „den Türöffner“ genannt. Dafür eigneten sich die Genossen leider besonders gut, weil sie fachlich wie politisch um ihre Zukunft und die Erhaltung ihrer bisherigen Vorrechte fürchteten. Der „Wessi“, entschuldigen Sie den Ausdruck, brauchte nicht die meist unzureichenden Fähigkeiten, sondern nur die Informationskenntnisse seines ostdeutschen Mediums. Beispiele: Der von mir genannte Betriebsdirektor/Geschäftsführer im VEB Mühlenbau fand sofort Unterschlupf in einer ominösen Immobilienfirma in Dresden. Diese gehörte einem Spekulanten aus Kassel, dem man 1990 die Mühlenbau GmbH für ein Trinkgeld überlassen wollte. Das hatte ich damals in meiner Tätigkeit gerade noch verhindern können. Aber seine Bereitschaft, diesen Betrieb mit riesigen Grundstücken zu verschleudern, wurde dann damit belohnt, daß ihn dieser Spekulant in seinem Immobilienbüro unterbrachte. Mein früherer Generaldirektor im Kombinat Nagemma Dresden, der Genosse Grupe, ist nach wie vor Unternehmensberater der Firma Rinke-Treuhand Wuppertal, ich nenne heute im Gegensatz zum letzten Mal bewußt den Namen, und überprüft Treuhandbetriebe. Ich habe ihn in einem von mir zu bearbeitenden Betrieb in Schmiedeberg getroffen. Dort war er für die Firma Unternehmensberatung Rinke-Treuhand Wuppertal tätig. Meine Kritik wurde aus Wuppertal höflichst abgelehnt. Dann ist Ihnen als spektakulärster Fall gerade in Dresden der ehemalige Dresdner Oberbürgermeister Berghofer bekannt. Ich will jetzt nicht auf seine Wahlmanipulationen und Wohnungsenteignungen und viele Dinge eingehen. Maßgebend ist, daß er im Juni 1990 von der bekannten Häusler-Gruppe Bürobauten Stuttgart als Generalbeauftragter für Westdeutschland und Osteuropa übernommen wurde und der sächsische Wirtschaftsminister Schommer das noch mit dem Sektglas gegenüber Herrn Berghofer und Herrn Häusler dann sehr begrüßt hat. Die ganze Szene war meiner persönlichen Meinung nach äußerst makaber. Die gleiche Häusler-Gruppe übernahm aber auch den mir persönlich bekannten früheren Direktor der Gebäudewirtschaft Dresden, einen Herrn Hähnel, einen äußerst überheblichen Menschen, der in ganz Dresden bekannt war; er war zuletzt Direktor der Gebäudewirtschaft Dresden und das sind über 100.000 volkseigene Wohnungen. Dieser Mann hatte es 1990 fertiggebracht, ca. 30 Stasi- und NVA-Offiziere ohne jegliche Fachkenntnisse als Angestellte in der Gebäudewirtschaft unterzubringen. Erst als seine kleinen Mitarbeiter auf der Straße gegen den neuen Stasi-Kollegen demonstrierten, wurde er abgelöst. Für die Firma Häusler in Stuttgart blieb er natürlich ein Goldfisch. Das also nur an Beispielen, die mir persönlich sehr unangenehm aufgefallen sind.

Generell möchte ich gleich auch auf die Fragen an Herrn Dr. Krieger mit eingehen aus meiner Treuhandpraxis. Von den Geschäftsführern, natürlich in der Niederlassung Dresden, die mehr die kleinen und mittleren Betriebe hatte, wurden nach meinen Erfahrungen in zweieinhalb Jahren nur 10–20 % der Geschäftsführer von der Treuhandanstalt abgelöst, teils aus eigenen

Feststellungen, teils durch die Arbeit der Vertrauensbevollmächtigten, aber es waren eben nur 10–20 %. Da muß ich dazu ergänzen, weil vorhin jemand fragte, warum haben denn die Investoren dann auch nicht Kenntnis genommen von immerhin sehr großen Genossen, teils stasibelastet oder teils nicht, jedenfalls von den früheren sogenannten „roten Socken“ im übelsten Sinne, dann kann ich nur antworten: Warum sollte der Investor denn etwas dagegen haben? Es kam ihm ja entgegen. Dieser Mann, der um seinen Posten fürchtete, weil er fachlich keine anderen Kenntnisse hatte, der – wie ich mal gesagt habe – den Kopf zum Nicken und nicht zum Denken hatte, mit jahrelanger Praxis nur der Planerfüllung mit dem Taschenrechner, er hatte ja keine Innovation; geistig waren die meisten also durchaus nicht mehr in der Lage, vollkommen neu anzufangen. Diese Leute waren bestechlich in jeder Weise, das war doch günstig für den Investor, und außerdem, das habe ich selbst nun zigmal erlebt, hatten sie fachlich nicht die geringste Ahnung. Die Investoren brachten ihre Wirtschaftsprüfer und ihre Schätzer gleich mit, und dann wurden solchen Leuten in vertraulichen Gesprächen eben drei Millionen Rückstellung für angebliche ökologische Altlasten in die Bilanz gejubelt, um den Wert des Unternehmens um Millionen runterzusetzen. Von diesen SED-Geschäftsführern konnte kaum einer eine Bilanz lesen. Das ist die Praxis, wie das zugegangen ist, und damit schließt sich dieser negative Kreislauf wieder, warum die Investoren ja Interesse hatten, solche in meinen Augen durchschnittlich unfähigen Leute erstmal als Geschäftsführer zu behalten. Ich könnte diese Reihe noch weiter fortsetzen. Das erscheint mir aber vor allen Dingen deshalb sinnlos, weil die westdeutschen Seilpartner von der Richtigkeit ihrer Handlungsweise überzeugt sind. Auch bei einem stasibelasteten Generaldirektor – jeder Generaldirektor von den 300, die es gab, hatte mit der Stasi zu tun –, auch bei einem Generaldirektor kommt das Geschäft vor der Moral. Das muß also hier eindeutig gesagt werden.

Zu der Frage nach den Mitarbeitern der Treuhandanstalt selbst und solchen Ost-West-Seilschaften kenne ich einen einzigen Fall, wo ein Mitarbeiter der Treuhand, ein ostdeutscher noch dazu, sich hat in sehr dummer Weise einen Mercedes schenken lassen von einer Investorenfirma. Und als das dann herauskam und er fristlos entlassen wurde, ist er natürlich sofort von dieser Unternehmensfirma – das gibt es, Unternehmensmakler, die handeln mit ganzen Unternehmen – als Privatisierer wieder hochdotiert eingestellt worden. Also das ist der einzige Fall von Korruption, den ich direkt von Treuhandmitarbeitern kannte.

Letzter Teil: Die West-West-Seilschaften, die meiner Meinung nach unbedingt auch erwähnt werden müssen. Es geht hier nicht um Bestechlichkeit, und Sie werden verstehen, daß ich auch, was die Treuhandanstalt betrifft, hier keinerlei Namen oder irgendetwas nennen kann oder will. Ich möchte auch hier keine Kritik an der Treuhandanstalt, sondern nur eine Feststellung zu dieser ganzen

riesigen Branche von Unternehmensberatern, Wirtschaftsprüfern, Wirtschaftsjuristen, Rechtsanwälten und was es auf der ganzen Strecke gibt, die ja die Privatisierung entscheidend beeinflussen, anbringen. Diese Firmen, die ja alle ihre Zweigbüros in Dresden – wer eine renommierte Firma war, mußte in Dresden ein Zweigbüro haben – eröffnet hatten, veranlaßten die Treuhandanstalt über ihre in die Treuhandanstalt als Berater oder festangestellte Mitarbeiter delegierten ehemaligen Leute aus ihren Unternehmensbüros dazu, die Unternehmen zu Beraterverträgen, Gutachten, Vermögensbewertung in einem Maße zu zwingen, daß die Kosten in keinem Verhältnis zum Effekt standen. Es ging hauptsächlich darum, der Hauptfirma in München oder Stuttgart eben große Verträge zu bringen. Es gibt kleine Maschinenbaubetriebe, die haben 100.000 DM in einem Jahr ausgeben müssen für aufgezwungene Gutachten, Firmenprofile, Vermögensstatik. Die Kosten, ich habe es festgestellt, waren teilweise höher als sämtliche Lohnkosten des Betriebes. Das hat jetzt nichts mit Dingen in der Treuhand zu tun, sondern mit dem Einfluß, der ja über die in die Treuhand offiziell eingeschleusten Mitarbeiter dieser gewaltigen Unternehmensberatungskonzerne ausgeübt wurde. Genauso wurden die eingesetzten Berater und Beraterfirmen teilweise veranlaßt, ihren Kunden in den alten Ländern gezielte Hinweise auf günstigen Erwerbe von Betrieben und Immobilien zu geben. Dort hat also teilweise der Unternehmensberater oder Wirtschaftsprüfer Käufer und Verkäufer zugleich vertreten in einer Sache, was handelsrechtlich auch nicht einwandfrei ist. Das ganze hat natürlich den Treuhandbetrieben Millionenverluste eingebracht, die sich dann im Endeffekt in dieses riesige Milliardendefizit der Treuhandanstalt aus der Privatisierung einordnen oder – könnte man sagen – dort untergehen werden.

Als letztes rechne ich zur Seilschaftskriminalität, der Abg. Meckel hatte das angeschnitten, die Fälle der Begünstigung von westdeutschen Investoren gegenüber heimischen Bewerbern, wenn gezielte Indiskretionen an gute Bekannte aus den alten Ländern weitergegeben wurden oder Insiderwissen zugunsten von Verwandten genutzt wurde. Der Fall des sächsischen Ministerialbeamten Schlick, seiner Frau in Stuttgart als Käufer und der bekannten Rathmannsdorfer Forellenzucht, Sie werden es in der Presse gelesen haben, hat nur durch einen Selbstmord den Weg in die Presse und den Sächsischen Landtag gefunden. Es gibt meiner Meinung nach sicher noch viel mehr solcher Fälle, aber das sind eben Dinge, die in keiner Weise oder äußerst schwer zu beweisen sind. Abschließend bitte ich die Kommission, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß zusätzlich zu der Vertragskontrolle in der Treuhandanstalt, die seit diesem Jahr sehr verstärkt wird – mit Recht verstärkt wird die Nacharbeit an den Verträgen – der Bundesrechnungshof und die Staatsanwaltschaft noch in viel größerem Umfang als bisher Kontrollen in den Unternehmen selbst durchführen. Das bisherige Kontrollsystem in all

diesen Fragen gegenüber den Seilschaften hat jedenfalls – meiner Meinung nach – nicht ausgereicht.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich danke Ihnen, obwohl es mir schwerfällt, Ihnen zu danken. Denn das, was man hier hört, ist ja jetzt ganz dicht dran. Das, was uns von heute früh an beschäftigt hat, war ja noch, wenn Sie so wollen, so ein bißchen systematische Distanz. Aber dies ist ja eine Aufzählung von Grusel- und Horrornachrichten. Lassen Sie mich noch eine Empfindung loswerden. Mich wundert, daß hier an einer Stelle ein Herr, den ich gut verstehen kann, zweimal geklatscht hat, offensichtlich darüber, daß das, was hier gesagt worden ist, gesagt wurde. Aber wir haben über Dinge geklatscht, wo man im Grunde wahnsinnig werden kann. Also das ist doch kein Grund zum Klatschen. Da kann man sauer werden, wütend werden, protestieren oder was auch immer. Die nächste – ich vermute und befürchte, daß das wieder ins Gruselkabinett führen wird – ist Frau Edelgard Jeske aus Berlin.

(Die Sitzungsleitung übernimmt **Frau Abg. Michalk, CDU/CSU.**)

Edelgard Jeske: Meine Damen und Herren! Alles, worüber heute und hier diskutiert und referiert worden ist, war eigentlich zum Zeitpunkt der Wende schon erkennbar und eigentlich vorprogrammiert. Ich möchte mich kurz vorstellen. Ich arbeite in einer Gruppe von Praktikern, die sich in der Zeit der Wende zusammengefunden hatte, um den Prozeß der Umwandlung von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft zu begleiten und Vorschläge zu erarbeiten. Im Laufe der Zeit wurde dieses Thema aber immer mehr zurückgedrängt, und das Thema „Seilschaften“ stand bei uns auf der Tagesordnung. Zum Komplex „Seilschaften“ generell möchte ich sagen: Es ging uns bei unserer Arbeit nicht so sehr um den spektakulären Einzelfall, sondern wir wollten wissen: Handelt es sich um organisiertes Arbeiten? Wir wollten auf dieser Strecke feststellen, wie der Stand ist, diese Dinge bündeln, dann an die entsprechenden Verantwortlichen herantragen und sie zu Reaktionen auffordern.

Zum Thema „Seilschaften“ möchte ich noch vorausschicken: Jeder weiß, daß die SED eine Kaderpartei war; über die Nomenklatur realisierte sie ihren Führungsanspruch. Das muß man also alles so ein bißchen im Kopf haben, um diese Thematik der Seilschaften einordnen zu können. Und im Ergebnis des Ausleseprozesses, der sich ja in 40 Jahren in der DDR abgespielt hat und wo auch die Überprüfung jedes einzelnen Kadern, der eine Funktion einnahm, über das MfS erfolgte, war gewährleistet, daß nur solche Kader in die Funktionen kamen, die stromlinienförmig die Parteipolitik durchsetzten, die kompromißlos, wie immer so schön gesagt wurde, die Beschlüsse von Partei und Regierung in ihrem Verantwortungsbereich umsetzten. Diese Leute waren natürlich wunderbar angepaßt. Und mein Vorredner hat es ja sehr schön gesagt, sie waren auch wunderbar handhabbar im Prozeß der Umwandlung. Wie gesagt, in diesem Ausleseprozeß ergab sich eine Funktionärskaste, die alle Prozesse, alle Positionen besetzte. Anhand der Stasilliste, die in Halle